

1 Die Jahreshauptversammlung der Jusos im UB Bremen-Stadt möge zur  
2 Weiterleitung an den Unterbezirksparteitag, zur Weiterleitung an den  
3 Landesparteitag, zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

4  
5 **Kindergeld für alle Kinder!**

6  
7 Das Kindergeld soll zukünftig nicht mehr auf den Empfang der so-  
8 genannten ‚Hartz IV‘-Leistungen angerechnet werden. Das Sozialgesetz-  
9 buch - Buch II ist daher dahingehend zu reformieren, dass die Arbeits-  
10 losengeld II-Leistungen unabhängig vom Kindergeld gewährt werden.  
11 Dabei sind die Arbeitslosengeld II-Regelsätze für Kinder, aber auch für  
12 Erwachsene bedarfsentsprechend zu erhöhen. Die SPD-Bundestags-  
13 Abgeordneten des Landes Bremen sowie die SPD-Bundestagsfraktion  
14 werden aufgefordert, sich für eine dementsprechende Reform einzu-  
15 setzen.

16  
17 Das Gesetz zur Beschleunigung des Wachstumes, das am 01.01.2010 in  
18 Kraft getreten ist, sieht eine Kindergelderhöhung vor, die eine Wirkung  
19 gegen die Kinderarmut haben soll. Die Kindergelderhöhung hat für die  
20 Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen und -Bezieher aber keine Wirkung be-  
21 beziehungsweise auch keine Bedeutung, da das Kindergeld in voller Höhe  
22 auf den Arbeitslosengeld II-Anspruch angerechnet wird. Faktisch er-  
23 halten also nur diejenigen Familien Kindergeld, die keine ALG II-  
24 Leistungen beziehen. Der gestiegene Bedarf ihrer Kinder wird durch  
25 diese unsinnige Praxis der schwarz-gelben Bundesregierung nicht be-  
26 rücksichtigt. Dies ist eine erhebliche Ungleichbehandlung zulasten der  
27 Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen und -Bezieher. Kinder erster und  
28 Kinder zweiter Klasse darf es für einen sozialen Staat nicht geben!

29  
30 Seit Einführung des Arbeitslosengeldes II leben zahlreiche Familien und  
31 Kinder in Armut. Den größten Anteil der Betroffenen machen die Kinder  
32 aus und sie tragen auch die größte Last. Sie müssen unter Armuts-  
33 bedingungen lernen und über die Bildung versuchen, ihre soziale  
34 Situation langfristig zu verbessern. Armut beinhaltet gravierende De-  
35 fizite an gesellschaftlicher Chancengleichheit und ist für uns nicht hin-  
36 nehmbar.